



«Ich fühle mich auf sicherem Boden»

Stadtentwickler Lukas Ott zieht Zwischenbilanz, stellt Leitsätze in Aussicht und kritisiert seinen Vorgänger

VON P. MARCOLLI UND H. NÜSSELER

Herr Ott, seit einiger Zeit wohnen Sie in Basel. In welchem Quartier?

Lukas Ott: Ich bin jetzt ein Neubader. Ich wollte eingebettet sein im Alltagsleben der Stadt, für die ich tätig bin, deshalb bin ich umgezogen. Ich fühle mich sehr wohl hier. Und im nahen Allschwiler Wald war ich bereits in meiner frühesten Jugend unterwegs. Ich habe nur wenige hundert Meter von meinem jetzigen Wohnort entfernt meine ersten Lebensjahre verbracht, allerdings auf der Allschwiler Seite. Vieles ist mir vertraut. Ich kenne viele Menschen hier.

Man kann sicher festhalten, dass sich die Stadt Basel in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess befindet. Hat Sie, als Sie Ihr neues Amt vor rund anderthalb Jahren angetreten sind, dessen Ausmass und Dynamik überrascht?

Das Grundthema war mir natürlich bereits aus Liestal als Teil des gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraumes vertraut gewesen, wengleich natürlich in einem ganz anderen Massstab. Aber tatsächlich wurde mir das Ausmass der Dynamik in Basel erst mit der Zeit ganz bewusst. Das war eine grosse - und positive - Überraschung.

War das vielleicht mit ein Grund, dass Sie sich in Ihrem neuen Amt erst sehr zurückhaltend geäussert haben bisher und nicht mit grossen Ideen oder gar Visionen von sich reden gemacht haben?

Es geht und ging mir immer darum, diese Stadt erst einmal zu verstehen, die Themen und Herausforderungen, Netzwerke und Akteure zu kennen. Erst, wenn ich ein sicheres Gefühl dafür entwickelt habe, wie Basel als «Format» und als Stadtgesellschaft tickt und funktioniert, kann ich mich als profilierte Stimme einbringen.

Wie weit sind Sie in diesem Prozess?

Ich fühle mich inzwischen auf sicherem Boden. Als Kantons- und Stadtentwickler

bin ich jedoch kein Solitär, der sich über alles emporschwingt und die Deutungshoheit für sich darüber beansprucht, wohin sich Basel entwickeln soll oder muss. Es geht mir darum, mit Blick auf die anderen zu lernen und an allen Potenzialen und Fertigkeiten dieser Stadt Mass zu nehmen und dann Antworten zu finden. Ich muss sozusagen die Stossrichtung geben. Im kommenden Sommer werde ich in diesem Sinn zwölf Leitsätze präsentieren.

Können Sie uns vielleicht schon verraten, in welche Richtung diese Leitsätze gehen werden?

Es geht um Querschnitt-Themen, die durch die Fachämter gemäss ihren spezialisierten Aufgaben nicht oder nur teilweise beachtet werden können. Ein Beispiel ist die Weiterentwicklung der Demokratie. Einerseits können wir wachsende Teile der Bevölkerung, insbesondere die Jugend, auf traditionellen Kanälen nicht mehr erreichen. Es stellt sich die Frage, wie die Bevölkerungsbeteiligung an Entscheiden mithilfe von digitalen Medien vertieft und differenzierter gestaltet werden könnte. Auf der anderen Seite zahlt ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung von Basel-Stadt Steuern, ohne mitbestimmen zu können. Es droht Desinklusion und Verlust von Heimat. Es ist für den Kanton zentral, dieses Potenzial an Wissen und Können für die politische Partizipation zu gewinnen und gleichzeitig den Dialog mit der alteingesessenen Bevölkerung über Chancen und Risiken des demografischen Wandels zu führen.

Ihr Vorgänger im Amt, Thomas Kessler, ist über das gewohnte Mass an Gestaltungswillen in einer Verwaltung hinausgegangen. Das wurde ihm übel ge-

nommen und letztlich ist er genau daran gescheitert. Wie wollen Sie es schaffen, nach aussen sichtbar zu bleiben, ohne ebendiese Grenzen zu überschreiten?



Es ist sicher eine permanente Gratwanderung. Ganz wichtig ist es, meine eigene Handlungsfähigkeit im Sinn meines Auftrags an die oberste Stelle zu setzen. Es nützt niemandem etwas, wenn ein Kantons- und Stadtentwickler nicht mehr handlungsfähig ist, nur weil er sich in irgendwelche symbolische Auseinandersetzungen hat hineinziehen lassen. Dieses Amt ist mit viel Knochenarbeit verbunden und lässt keine Effekthascherei zu.

Wir haben davon gesprochen, wie schnell sich die Stadt derzeit verändert. Das ist per se doch eine positive Tatsache und nicht eine, die Angst machen sollte.

Das sehe ich genauso. Basel ist nach dem grossen Bevölkerungsrückgang seit etwas mehr als zehn Jahren wieder am Wachsen. Seit 2008 entstanden 20 000 neue Arbeitsplätze und es kamen 10 000 neue Einwohner. Ich würde behaupten, es war das erfolgreichste Jahrzehnt in der Geschichte des Kantons, weil wir dieses Wachstum insgesamt als positiv erleben. Wir sind in einer starken Vorwärtsbewegung, die für ein städtisches Zentrum aufgrund seiner spezifischen Aufgaben wie Bildung, Kultur, Gesundheit, Verkehr oder Sicherheit enorm wichtig ist. Aber es ist auch klar: Mit Wachstum sind immer auch Wachstumsschmerzen verbunden. Das sehen wir im Wohnungsbau und der Wohnpolitik derzeit am deutlichsten.

Und hier spielen Sie eine entscheidende Rolle: Sie haben den Lead bei der Umsetzung der Wohnschutz-Initiativen, die im vergangenen Jahr überraschend angenommen wurden. Haben Sie Verständnis dafür, dass man in der wohnungspolitisch aufgeheizten Situation ungeduldig auf die weiteren Schritte wartet?

Ich finde, wir haben bisher sehr schnell gearbeitet. Bereits nach einem halben Jahr haben wir im Dezember einen Umsetzungsvorschlag zur Wohnschutz-Initiative präsentiert, im Mai beginnen die grossräthlichen Kommissionen mit der Beratung. Aber natürlich besteht in so einer Situation immer die Gefahr eines sachpolitischen Va-

kuums und es ist wichtig, dass das Parlament bald Position bezieht und seinen politischen Willen kundtut.

Haben Sie generell Verständnis für die Menschen, welche zuerst die Kehrseite des raschen Wandels sehen und gewisse Entwicklungen anprangern?

Ja, natürlich. Es gibt eine Art Grundrecht auf Stadt. Niemand darf sich in eine Position erheben und entscheiden, wer in dieser Stadt leben soll und wer nicht. Im Sinn dieses Grundrechts geht es auch darum, für alle Bewohnerinnen und Bewohner Möglichkeiten und Chancen zu eröffnen. Die Basler Stimmbevölkerung hat mit der Annahme der Wohninitiativen gezeigt, dass sie gewillt ist, einer einseitigen Entwicklung von vornherein den Riegel zu schieben beziehungsweise den Staat zu veranlassen, flankierende Massnahmen zu ergreifen.

Gibt es in der Stadt einen konkreten Ort, der in Ihren Augen Vorbildcharakter für die Stadt Basel in der Zukunft hat?

Einerseits ist das sicher das Smart City Lab auf dem Wolf-Areal, wo Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Bevölkerung in einen engen Bezug zueinander gesetzt werden. Dies wird ein physischer Ort der Vernetzung mit Blick auf die Stadt von morgen. Andererseits möchte ich zwar nicht auf einen spezifischen Ort verweisen, aber eine Zahl nennen: 113 Hektaren.

Eine riesige Fläche im Vergleich zur Grösse der Stadt!

Ja. Das ist zusammengefasst die Grösse der Areale, die bereits jetzt oder in naher Zukunft für neue Nutzungen oder Gestaltungen zur Verfügung stehen. Der wirtschaftliche Strukturwandel eröffnet uns diese enorme Chance, und dies in der Kernstadt! Diese Fläche sollte endlich auch das Klischee aus dem Weg räumen, dass unsere Stadt «gebaut» sei. Die Stadt hat damit auch ihre Handlungsfähigkeit zurückbekommen und kann zukunftsweisend planen - etwa im Wohnungsbau, in der Kultur wie auch bei Wirtschaftsflächen.



Und dies nicht aus der Not heraus, sondern in einer Phase wirtschaftlicher Prosperität.

Genau. Wir haben im Moment keine Veranlassung anzunehmen, dass diese Dynamik im grossen Stil an Schwung verliert. Wichtig ist, dass sich die Schere zwischen dem

Aufbau von Arbeitsplätzen und dem Zuwachs von Einwohnern nicht allzu weit öffnet. Sonst würden unsere Bemühungen um eine gute Verkehrssituation erheblich erschwert.

Zwei Projekte mit wichtigen städtebaulichen Komponenten stehen am 19. Mai zur Abstimmung: Der Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs im St. Johann sowie das Ozeanium auf der Heuwaage. Wie stehen Sie dazu?

Aus Sicht der Kantons- und Stadtentwicklung haben die beiden Standorte, die zur Debatte stehen, grosses Aufwertungspotenzial und eignen sich ausgezeichnet für eine öffentliche Publikumsnutzung. Die Heuwaage ist prädestiniert für einen Ausbau des Zolli, und das Areal am St. Johann-Bahnhof eignet sich ausgezeichnet für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv. Er ist gut erschlossen und setzt die positive Quartierentwicklung fort. Insgesamt wird so eine dynamische Stadtentwicklung gefördert. Die wachsende

Stadt braucht mehrere Subzentren. Es darf nicht alles in der Altstadt konzentriert bleiben. Jedes Quartier kann mit einer speziellen Infrastruktur, etwa einem Schwimmbad oder einem Kulturzentrum wie die Kaserne, eine Rolle in der polyzentrischen Stadt übernehmen. Das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv passen gut an den Bahnhof St. Johann.

Sind Sie also für die Projekte? Als Mitglied der Grünen müssten Sie doch zumindest Vorbehalte gegenüber einem Projekt wie dem Ozeanium haben ...

Ich sehe die Heuwaage in ihrem heutigen Zustand kritisch, funktional und räumlich. Vom Heuwaageviadukt durchschnitten, ist der sternförmige Platz seit der Aufhebung der Endstation der ehemaligen Birsigtalbahn kaum mehr als eine Tramwendschleife für Notfälle. Nun entsteht nördlich des Viadukts ein neues, gut eingepasstes Hochhaus als Tor zur Stadt. Und südlich des Viadukts soll ein neues Zollgebäude entstehen. Die beiden Gebäude werden den Viadukt besser einbetten, es entsteht mehr Aufenthaltsqualität. Der Standort ist richtig gewählt für das Gebäude, und der Zolli ist die richtige Bauherrschaft für diesen Ort. Selbst wenn das Ozeanium abgelehnt würde, müssten wir den Raum dem Zolli für seine Expansion anvertrauen, als Eingangsbereich in diesen wunderbaren Stadtpark.



Er will die Stadt überblicken können – Lukas Ott auf dem Dach des alten Felix Platter-Spitals im Westen Basels.

NICOLE NARS-ZIMMER

ZUR PERSON

Ein Grüner aus Liestal

Lukas Ott (52) leitet die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im basel-städtischen Präsidialdepartement seit Dezember 2017. Sein Vorgänger Thomas Kessler war vom ehemaligen Departementsvorsteher Guy Morin entlassen worden, kurz vor Amtsantritt von Elisabeth Ackermann (Grüne). Ott, selbst Mitglied der Grünen und studierter Soziologe, amtierte von 2012 bis 2017 als Stadtpräsident von Liestal.

«Ich bin kein Solitär, der sich über alles empor-schwingt und die Deutungshoheit über die Stadt-entwicklung beansprucht.»

«Das Amt des Kantons- und Stadtentwicklers ist mit viel Knochenarbeit verbunden und lässt keine Effekthascherei zu.»